

Politische Kommunikation

Lobbying und Kampagnen

Mit Geld allein ist es nicht getan, auch der Professionalität bedarf es für eine erfolgreiche politische Kommunikation. Ein Buch zeigt dies für Praktiker.

Iwan Rickenbacher

So wenig schlechte Politik auf Dauer gutgeredet werden kann, so selten kann überzeugende Politik kommunikativ funktionieren. Diese Feststellung mag banal erscheinen, inflationär scheinen aber die Versuche zu sein, politische Fehler und das entsprechende Scheitern einzig mit einer mangelhaften Kommunikationsstrategie zu erklären. Ins Kraut schieszen auch Konzepte für die professionelle Kommunikation, deren Autoren oft auch gleich die unabdingbaren Dienste für politischen Erfolg anbieten.

Barbara Günthard-Maier, die Autorin des Buches «Politische Kommunikation», ist zwar auch Inhaberin einer Agentur für politische Kommunikation und überdies Dozentin am MAZ, der Schweizer Journalistenschule in Luzern. Ihr «Praxisbuch für Bewegungen, Verbände, Parteien, Politiker, Verwaltung und Berater» unterscheidet sich aber wohltuend von vielen Rezeptbüchern für Kommunikation.

Ungewöhnlich schon ist das einleitende Kapitel zu den Besonderheiten politischer Kommunikation in der Schweiz, ergänzt mit zehn Fallstricken der politischen Kommunikation, die allerdings nicht nur hierzulande ausgelegt sind. Diese wenigen Seiten verdienen eine zusätzliche Zielgruppe, die der ausländischen Führungskräfte, die sich mit ihrem neuen schweizerischen politi-



Barbara Günthard-Maier: Politische Kommunikation. Verlag Huber, Frauenfeld 2011. 367 S., Fr. 48.–.

schischen Umfeld vertraut machen möchten. Dann wird es anspruchsvoll, aber auch anregend. Wer sich von Barbara Günthard anleiten lassen will, auf politische Prozesse einzuwirken, unterzieht sich selbst, sein Anliegen, das Umfeld, die möglichen Strategien, mögliche Netzwerke und Kommunikationswege, die Zielgruppen und Medien, Massnahmenpakete und Evaluationsmöglichkeiten einer umfassenden Analyse. Und dann entscheidet sich die Person oder die Institution für Lobbying («still und mit möglichst geringem Ressourceneinsatz möglichst nah ans Ziel kommen») oder für Campaigning («mobilisiert Menschen und erzeugt Druck auf die institutionelle Politik, damit diese bestimmte Probleme in einer bestimmten Art und Weise löst»). Fallbeispiele und Checklisten erleichtern das Vorhaben.

Die Autorin vermutet, dass mit mehr Professionalität bei manchen Akteuren der Spass am Politisieren zunehme, weil nicht nur Geld, sondern auch Fachwissen, wie es die Autorin vermittelt, zum Ziel führen kann. Dieser Spass kann allerdings dort gemindert werden, wo globale Gegebenheiten den regionalen oder nationalen Gestaltungsraum begrenzen. Der Abschnitt «Nachvollzug» fehlt noch im Kapitel der schweizerischen Besonderheiten.

Und dann bleibt die Erfahrung, dass in unseren politischen Strukturen gelegentlich Spontanentschlüsse einiger Unentwegter zu unerwartetem Erfolg führen können, wie das Referendum gegen die Reduktion der Arbeitslosengelder oder die Initiative zur Verwahrung gefährlicher Verbrecher. Günthards Anleitung zum Campaigning kann dann bei jenen gefragt sein, die nach solchen Volksentscheiden eine rechtsverbindliche Umsetzung planen müssen, bei den Behörden, wollen sie den letzten Zufall besser verstehen und das nächste Referendum vermeiden.

Kontinuität im Kalten Krieg

Akten zur schweizerischen Aussenpolitik 1964–1966

Ein weiterer Quellenband dokumentiert die Aussenpolitik Mitte der 1960er Jahre. Neben Stabilität wird sichtbar, wie sich Umfeld und Verständnis für den neutralen Kleinstaat verändern.

Daniel Trachsler

Die Publikation der Akten zur schweizerischen Aussenpolitik ist ein rigoroser Destillationsprozess. Dies illustriert auch der neueste Band der Diplomatischen Dokumente der Schweiz (DDS). Rund 1,5 Millionen Archivalien aus etwa 3000 Schachteln sichtet das Forschungsteam unter der Leitung des Historikers Sacha Zala. Aus einer Vorauswahl von gut 1000 Akten schafften es die 184 repräsentativsten Dokumente in die Publikation. So wurde aus einem kaum überblickbaren Bestand von 600 Laufmetern Akten ein handliches Buch zur Aussenpolitik von 1964 bis 1966. Sein wahres Potenzial entfaltet es, wenn es als Navigationshilfe für weiterführende Nachforschungen in der Datenbank Dodis (www.dodis.ch) verwendet wird. Diese enthält zahlreiche zusätzlich eingescannte Originaldokumente und bildet einen integralen Bestandteil des international renommierten schweizerischen Editionsprojekts.

Restriktive Neutralität

Personell erlebte die Aussenpolitik der Schweiz in dieser Zeit einen Wechsel: Mit Bundesrat Willy Spühler, der am 1. Januar 1966 Friedrich Traugott Wahlen ablöste, stand erstmals ein SP-Vertreter an der Spitze des Aussenministeriums. Inhaltlich dominierte hingegen die Kontinuität. Der Kalte Krieg und die Folgen der Dekolonisation im äusseren Umfeld sowie die Neutralität als zentrale interne Richtschnur bildeten die

wesentlichen Rahmenbedingungen. Neutralitätspolitisch begründete Spühler 1966 denn auch den Schlussstrich unter die vorsichtige Evaluation einer Annäherung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Gegenüber der Uno vertrat der neue Aussenminister eine offenere Haltung als sein Vorgänger. Dies führte in dieser Zeit jedoch nicht zu einer merklichen Änderung der Schweizer Uno-Politik. Geringe Konsequenzen hatte auch die Umwandlung der provisorischen in eine definitive Gatt-Mitgliedschaft 1966.

Eine Zäsur erlebte dagegen die Sicherheitspolitik: Die gewaltige Kos-



Diplomatische Dokumente der Schweiz. Band 23, 1. 1. 1964 bis 31. 12. 1966. Chronos-Verlag, Zürich 2011. 560 S., Fr. 78.–.

tenüberschreitung bei der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, der «Mirage-Skandal», führte 1966 zum Rücktritt von Paul Chaudet, Vorsteher des Militärdepartements. Die Affäre war ein entscheidender Rückschlag für jeglichen Plan hinsichtlich einer nuklearen Bewaffnung. Sie führte zudem zur Ausarbeitung der Konzeption der militärischen Landesverteidigung von 1966.

Kritik von aussen

Aktuell erscheinen die Probleme in Steuer- und Währungsfragen, mit denen Bern sich beschäftigen musste. So beklagte sich Deutschland bereits 1966 über die Steuerflucht in die Schweiz. Im gleichen Jahr ermächtigte der Bundesrat die Nationalbank, sich im Interesse einer Stabilisierung des westlichen Wäh-

rungssystems an Stützkäufen zugunsten des britischen Pfunds zu beteiligen.

Als rein und kristallklar wie das soeben genossene Glas Kirsch bezeichnete der nordvietnamesische Botschafter in Moskau Kim Ben Dik die Politik der Schweiz Ende 1966 gegenüber Botschafter August R. Lindt. Bern musste allerdings zur Kenntnis nehmen, dass seine Aussenpolitik nicht überall so schmeichelhaft beurteilt wurde. So rapportierte Emanuel Diez, der Leiter des Rechtsdiensts, seinem Chef F. T. Wahlen 1965, afrikanische Diplomaten hätten nach einem Vortrag über die Neutralität die Haltung der Schweiz gegenüber aussenpolitischen Problemen als heuchlerisch und unmoralisch bezeichnet. Die Kritik habe im Vorwurf gegipfelt, die schweizerische Regierung sei fähig, mit verschränkten Armen zuzusehen, wie die Schwarzen in Südafrika niedergemetzelt würden.

Die politischen und insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Apartheidregime stellten im untersuchten Zeitraum in der Tat eine grosse Herausforderung für die schweizerische Diplomatie dar. Kriegsmaterialexporte, Wirtschafts- und Finanzbeziehungen waren vor dem Hintergrund von Uno-Sanktionen und Wirtschaftsembargos gegenüber Südafrika heikle Angelegenheiten – und sind es offensichtlich heute noch: Mehrere Departemente verweigerten der Forschungsgruppe der DDS den Zugang zu Südafrika betreffenden Aktenbeständen auch noch nach rund 45 Jahren. Dies ist nicht nur nachteilig für die historische Aufarbeitung der Beziehungen Schweiz – Südafrika, sondern auch insofern kontraproduktiv, als es die Aufmerksamkeit erst recht auf dieses Dossier lenken dürfte. So entführt die Beschäftigung mit der Aussenpolitik der Schweiz in den 1960er Jahren die Leserinnen und Leser unversehens mitten in die Fragen der schweizerischen Aussenbeziehungen der Gegenwart.

Wissenschaft und Politik im Gleichschritt

Die Kooperation der Westschweizer Hochschulen – ein wegweisender Prozess?

Die Universitäten Lausanne und Genf sowie die ETH Lausanne arbeiteten um die Jahrhundertwende stark zusammen. Damit nahmen sie die Rolle der Hochschulen in der internationalen Wissenschaftsgesellschaft vorweg, wie eine Studie bilanziert.

Urs Hafner

Erstaunliches trug sich zu Beginn des letzten Jahrzehnts in der Westschweiz zu: Die Universitäten Genf und Lausanne sowie die Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (ETHL) einigten sich auf eine einschneidende Kooperation. Die Universität Lausanne übergab die Fächer Chemie, Mathematik und Physik der ETHL, diese bot ihren Studierenden neu geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer an, und die Universität Genf konzentrierte die vorher auch in Lausanne domizilierte Pharmazie bei sich. Zudem einigten sich die drei Hochschulen auf die Förderung der zwei Schwerpunkte funktionelle Genetik sowie Geistes- und Sozialwissenschaften.

Nicht nur Gewinner

Erstaunlich ist das inzwischen fast in Vergessenheit geratene «projet triangulaire lémanique» (PTL), weil die Hochschulen der föderalistischen Schweiz in den neunziger Jahren kaum von sich aus die Zusammenarbeit suchten – zu hoch waren (und sind) die Hürden zwischen den Kantonen, zu gross schien das Risiko, am Ende als Verlierer dazustehen. Auch das von öffentlicher und privater Seite finanzierte PTL begünstigte nicht alle Beteiligten gleichermassen. Während die Universität Lausanne ih-

ren Status als Volluniversität aufgab, konnte die ETHL ausbauen. Für Genf änderte sich am wenigsten. Unter den Fächern gilt die Physik als Verliererin, die Biologie als Gewinnerin.

Wissenschaft als Investition

Weshalb aber kam es überhaupt zur Kooperation? Jean-Philippe Leresche, Frédéric Joye-Cagnard, Martin Benninghoff und Raphaël Ramuz, vier Lausanner Sozialwissenschaftler, haben in einer umfang- und detailreichen Studie das Zustandekommen des Projekts minutiös rekonstruiert. In der Flut der Akronyme der beteiligten Institutionen, der überprüften Theoreme und interviewten Akteure (Hochschulverwalter, Wissenschaftler, Politiker) finden



Jean-Philippe Leresche et al.: Gouverner les universités. L'exemple de la coordination Genève - Lausanne (1990-2010). Presses polytechniques et universitaires romandes, Lausanne 2012. 511 S., Fr. 48.–.

sich viele Ergebnisse zu Entscheidungsfindungen, aber wenige deutliche Aussagen – was natürlich auch an der untersuchten Sache selbst liegt, einem komplexen und langwierigen Prozess. Die wichtigste Ursache für das Projekt scheint die Beteiligung der ETHL und damit des Bundes gewesen zu sein. Dessen zunehmende Einflussnahme auf die Hochschulen und Wissenschaft – an vorderster Front damals Staatssekretär Charles Kleiber – sowie die Bereitschaft der Wissenschaftler zur Kooperation mit den Politikern ist das hervorstechende Merkmal des PTL-Prozesses.

Noch in den 1980er und 1990er Jahren habe die Politik im Hochschulbereich gespart und sparen wollen, betonten die Autoren. Doch um die Jahrhundertwende habe sich das von der EU in der Lissabon-Strategie von 2000 formulierte «Paradigma der Wissensökonomie» etabliert. Der Staat erachte seither Wissenschaft und Forschung als ein Gebiet, in das er im Interesse des Landes und mit dem Einverständnis der Wissenschaftler investiere. Das bedinge freilich, dass die Hochschullandschaft unter den Aspekten Nützlichkeit und Effizienz reorganisiert werde.

Unternehmerische Führung

Am Projet triangulaire, das erst nach seinem Zustandekommen rechtlich legitimiert wurde, lässt sich laut den Autoren zeigen, wie Wissenschaft zunehmend projektförmig finanziert – hervorstechend die Nationalen Forschungsschwerpunkte – und ihr «Output» gemessen wird. Das PTL habe eine exemplarische Bedeutung für die – auch zukünftig absehbare – Entwicklung des schweizerischen wie des europäischen Hochschulwesens und der internationalen Wissenschaftsgesellschaft. Dazu gehört auch, dass die Hochschulen nach den Prinzipien des New Public Management unternehmerische Freiheiten erhalten, um im Konkurrenzkampf ihr Profil zu schärfen und Finanzmittel aufzutreiben.

Doch was bedeutet die neuartige Organisation unter dem wissensökonomischen Paradigma für die Wissenschaften selbst, wie verändert sie die einst den Habitus prägende Lebensphase des Studiums, was geschieht im Innern der Hochschulen? Diese Fragen stehen nicht im Fokus der Studie. Ihre Beantwortung wäre dennoch hilfreich, um mehr über die Wirklichkeit der heutigen Wissensökonomien zu erfahren.

Fukushima und Leibstadt

Ein Jahr nach dem AKW-Unglück

Die AKW-Gegnerin Susan Boos beschreibt im Buch «Fukushima lässt grüssen» die Auswirkungen des Kraftwerkunglücks und blickt dabei auch auf die Schweiz.

disc. · Ein schweres Erdbeben und ein Tsunami forderten vor einem Jahr in Japan wohl weit über 16 000 Tote. Susan Boos, Redaktorin der «Wochezeitung» («Woz»), konzentriert sich im Buch «Fukushima lässt grüssen» auf den für die Schweizer Politik relevanteren AKW-Unfall in jenen Tagen. Ausgehend von Reisen bis an die Tore des Kraftwerkgeländes von Fukushima Dai-ichi werden die Unsicherheiten rund um die radioaktive Kontamination und die variierenden staatlichen Grenzwerte aufgezeigt. Diese beklemmende, weitläufig dominierende Ungewissheit erscheint als ebenso folgenschwer wie die tatsächlich gefährliche Verseuchung in der Nähe des havarierten AKW.

Schweizer «Illusionen»

Mit Erläuterungen zu den hiesigen Dispositiven im Unglücksfall schlägt das Buch eine Brücke zur Schweiz. In den Szenarien sei von den Behörden eine «imposante Illusion» aufgebaut worden, schreibt Boos und verweist auf die Tatsache, dass in Fukushima nicht wie in den hiesigen Annahmen eine, sondern mehrere Explosionen stattgefunden hätten. Gespräche mit verschiedenen Verantwortlichen von Zivilschutzorganisationen zeigen, ausgehend von einem Schutzraum am AKW-Standort Leibstadt, die Abläufe bei einem Unfall vom Telefonnetz, das durch den Bund gekappt würde, bis zum Verkehrsmanagement auf den durch fliehende Menschen überlasteten Strassen. Der Leser erhält dabei das Bild eines alles andere als reibungslos funktionierenden Schweizer Katastrophenschutzes. Viele Fragen scheinen offen: Wie würde die komplexe, unter anderem vom Alter abhängige Gefahrensituation kommuniziert? Wie würden die Aufräumarbeiter rekrutiert? Wie würden Gebiete dekontaminiert, inwieweit würde evakuiert? – Der Umstand, dass die entsprechenden Konzepte nun überarbeitet werden, zeigt, dass die Beunruhigung der Autorin nicht unberechtigt ist.

Hingegen mutet es seltsam an, wenn Boos in ihren Schilderungen zu Japan tödliche Fälle der rasch auftretenden



Susan Boos: Fukushima lässt grüssen. Die Folgen eines Super-GAU's. Rotpunktverlag, Zürich 2012. 271 S., Fr. 26.–.

Strahlenkrankheit bespricht, die aber in Fukushima – im Gegensatz zum Tschernobyl-Unfall – auch unter den Kraftwerksmitarbeitern nicht aufgetreten sind. Die Quantifizierung von Spätfolgen wie Krebs dürfte indes, wie Boos zu Recht erläutert, ähnlich wie nach «Tschernobyl», schwierig sein.

«Fukushima» als Einzelfall?

Die Reportage-Form macht den informativen Text gut lesbar. Unbeantwortet bleibt aber die Frage, inwieweit das Unglück, wie hierzulande von der AKW-Lobby und vom Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat interpretiert, eine Folge von simplen Fehlern gewesen sei – und daher nicht repräsentativ für die Atomtechnik wäre.

Viel Platz wird dafür der japanischen Umweltbewegung gewidmet, die das Thema AKW in der Vergangenheit wenig aufgriff. Die international tätigen Umweltorganisationen hatten es überhaupt schwer in Japan. Ein Grund dafür war die Wichtigkeit des von den grossen Organisationen geachteten Walfangs für die japanische Küche.